

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Erwartung energischer Maßnahmen.

Ein Artikel der „Times“.

London, 28. August. (MfB.) „Times“ schreibt in einem Leitartikel, eine Verzögerung in der Entwicklung der Reparationsverhandlungen sei unvermeidlich. Sowohl die britische als auch die französische Regierung müßten sich Zeit nehmen, um ernstlich den nächsten Schritt zu erwägen. Deutschland könne diese notwendige Zwischenzeit „mehr oder weniger sicher“ gestalten. „Times“ erkennt die Energieentfaltung der neuen deutschen Regierung an. Für den Augenblick sei diese neue Entschlossenheit Deutschlands ein sehr wichtiger Faktor für die wenigstens zeitweilige Erhaltung der Stabilität Europas. In diesem Sinne liege jetzt die Hauptverantwortung bei Deutschland. Bei allgemeiner Passivität bedeute die französische Besetzung des Ruhrgebietes den Ruin für alle. Wenn jedoch Großbritannien, Frankreich, Belgien und Deutschland eine gemeinsame Anstrengung unternähmen, um das wirtschaftliche Problem auf einer rationalen Grundlage zu lösen, könnte die wiederhergestellte Industrie des Ruhrgebietes ihren Platz einnehmen in einem allgemeinen System von Garantien für die angemessene Zahlung von Reparationen, deren genauer Betrag endgültig durch eine wirtschaftliche Untersuchung festgestellt werden sollte.

Fransösischer Verhandlungsführer!

Die „Daily Mail“ ist eine mit großer Vorsicht zu benutzende Quelle. Wir geben daher die folgende Pariser Eco-Nachricht wieder, ohne ihre Richtigkeit verbürgen zu können:

In der freilandsausgabe der „Daily Mail“ schreibt der diplomatische Korrespondent des Blattes, die französische Regierung rechne damit, daß der passive Widerstand im Ruhrgebiet in wenigen Tagen eingestellt werde. Allerdings bestehe auch die Möglichkeit, daß einige isolierte Zentren, in denen die Sabotage vom unbesetzten Deutschland aus unterstützt werde, weiter Widerstand leisten. Der Korrespondent kommt also trotz aller offiziellen Dementis auf die von ihm verbreiteten Gerüchte über einen Verhandlungsversatz, den Stinnes den französischen Besatzungsbehörden unterbreitet habe, zurück. In französischen Kreisen, sagt der Korrespondent, sei man der Ansicht, daß, wenn Stinnes seine Wünsche ein normales Wirtschaftsleben im Ruhrgebiet erstrebe, er lediglich die Berliner Regierung zu seiner Ansicht zu bekehren brauche, denn Stinnes' Wünsche seien der Berliner Regierung immer befohlen. Die französische und belgische Regierung hätte ihre Vertreter im Ruhrgebiet angewiesen, Einzelfälle mit allen Hütten- und Grubendirektoren im Ruhrgebiet zu besprechen, um der deutschen Industrie Arbeit und Existenzmöglichkeit zu sichern. Eine Besprechung über eine allgemeine Regelung könne jedoch nur stattfinden, wenn die Regierung selber die Initiative hierzu ergreift. Herrn Stinnes würden weder Poincaré noch andere französische Minister Audienz gewähren. Die französische Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß sie die Zukunft des Ruhrgebietes nach Einstellung des passiven Widerstandes lediglich mit der deutschen Regierung besprechen könne.

Alle Nachrichten über deutsch-französische Reparationsverhandlungen, die im Gange seien, oder unmittelbar bevorstünden, werden durch Havas amtlich dementiert.

Ergänzung des Kabinetts Baldwin.

London, 28. August. (MfB.) Zum Schatzkanzler wurde Neville Chamberlain, zum Wohlfahrtsminister Sir William Bonynge ernannt. MacLennan hat trotz Einladung des Premierministers das Schatzkanzleramt abgeteilt, weil noch einige Zeit vergehen würde, bevor er seine Gesundheit vollkommen wiedererlangt haben würde.

Die Separatisten und Frankreich.

Paris, 28. August. (Eco.) Die Rheinische Unabhängigkeitspartei hat anlässlich der Zwischenfälle von Mönchengladbach einen Aufruf an die französische und belgische Regierung gerichtet, in dem sie die moralische und wirtschaftliche Unterstützung Frankreichs und Belgiens an der rheinischen Unabhängigkeitsbewegung erbittet. Die große Kufmachung, die die ganze rheinische Separatistenbewegung in den letzten Tagen erfahren hat, wird in den hiesigen Blättern vielfach kritisiert. Das „Deuore“ schreibt heute in einem Leitartikel: Wir glauben, daß Frankreich und Belgien „den friedfertigen Rheinländern“, die von dem wahren Wunsche nach Versöhnung besetzt seien, keinen Dienst damit erweisen würden, daß sie offen die Separatisten unterstützen. Vor allen Dingen würden sie ihre eigene Sache dadurch sehr schädigen. In seiner letzten Rede, so fährt das „Deuore“ fort, hat Stresemann mit Recht auf die deutsche Einheit hingewiesen und hat die Aufrechterhaltung dieser Einheit zum Grundpfeiler seiner Politik gemacht. Da wir, so schreibt „Deuore“, weder Deutschland annektieren, noch es zerstören wollen, kann uns die Haltung Stresemanns in nichts ein Hindernis sein. Man muß sogar anerkennen, daß sie außerordentlich geschickt ist.

Die Verschärfung der Grenzsperr.

Dortmund, 28. August. (MfB.) Im Hinblick auf die augenfällige Verschärfung der Grenzsperr sind an den Grenzen des Ruhrgebietes zahlreiche Verstärkungen der Besatzungstruppen eingetroffen, um eine strenge Bewachung durchzuführen. — Gleichzeitig hat der Oberkommandierende eine Verordnung erlassen, monach das Betreten der Wälder in der Zeit von 7 Uhr abends bis 6 Uhr früh verboten ist.

Deutsche Eisenbahnerführer verhaftet.

Böhm, 28. August. (Zu.) Der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner, Wischelo, sowie der Vorsitzende des Deutschen Eisenbahnerverbandes,

Börner, und ein Vertreter des Eisenbahnerrates sind von den Franzosen festgenommen und nach Weimar abgeführt worden.

Mussolini scheut die Volksbefragung.

Trotz Faschistentwahlprivileg.

Rom, 27. August. (Eco.) Es bestätigt sich, daß Mussolini die allgemeinen Wahlen auf unbestimmte Zeit verschoben hat. In offiziellen Kreisen will man die Entscheidung darauf zurückführen, daß Mussolini in der augenblicklichen Kammer auf eine feste Mehrheit zählen kann, andererseits aber auch auf die Schwierigkeit, in kurzer Frist die Liste der Kandidaten aufzustellen. Mussolini rechne darauf, endgültig die Stellung der Regierung zu sichern und vor der Wahlbefragung die Hauptprobleme der Finanz- und Wirtschaftspolitik zu lösen, ferner aber auch die auswärtigen Fragen zu klären (zu erledigen). Die Kammer wird nur zwei kurze Sitzungen vor Ablauf ihrer Wahlzeit abhalten. Die Wahlen würden im Oktober nächsten Jahres stattfinden. Benesch trifft zu Verhandlungen mit Mussolini in Rom ein.

Wiederaufbaukräfte von Danzig.

Paris, 28. August. (MfB.) In Le Havre ist der französische Dampfer De la Halle aus Danzig mit 1100 Ingenieuren, Industriellen und Landarbeitern für das Wiederaufbaugesetz eingetroffen. (Vert. mutlich Polen. -Red.)

Die neuen Tarife.

Mit Rücksicht auf die mit der Geldentwertung zusammenhängende zahlenmäßige Steigerung aller Ausgaben hat der Reichsverkehrsausschuß unter Zustimmung des Reichskabinetts vom 1. September ab die Schlüsselzahl im Personenverkehr von 150 000 auf 600 000, im Güterverkehr von 1,2 auf 1,8 Millionen hinausgesetzt. Gleichzeitig werden Ausnahmetarife für Obst und Gemüse eingeführt werden. Die Kartoffeln werden heute schon zu einem Fünftel des normalen Tarifs, also weit unter den Selbstkosten gefahren.

Die Geldentwertung zwingt auch die Reichsbahn, auf rechtzeitige Bezahlung ihrer Leistungen zu dringen und so auch an ihrem Teil die Inflation abzumildern. Das gilt namentlich hinsichtlich des Einganges der Frachten. In erster Linie ist deshalb eine Änderung des jetzigen Stundungsversfahrens in Aussicht genommen. Außerdem wird vom 1. September ab für Frachten, die nicht vom Versender bei Aufgabe der Güter, also in Frankfurt bezahlt, sondern erst bei Empfang des Gutes vom Empfänger durch Ueberweisung erlegt werden, ein Zuschlag von 10 Proz. für tarifmäßige Frachten erhoben.

Die Vorauszahlung der Beamtengehälter.

Noch keine Verhandlungen.

Die auch im „Vorwärts“ wiedergegebene Mitteilung einer Berliner Korrespondenz, daß am Montag im Reichsfinanzministerium unverbindliche Besprechungen zwischen Regierungsoberleitern und Spitzengewerkschaften über die Befestigung der vierteljährlichen Vorauszahlung der Beamtengehälter stattgefunden hätten, wird uns vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund als unrichtig bezeichnet. In Wirklichkeit waren zum Montag weder Gewerkschaftsvertreter ins Reichsfinanzministerium geladen, noch hat an diesem Tage sonst eine Besprechung über diese Frage an anderen amtlichen Stellen stattgefunden.

Am Sonnabend hat lediglich eine kurze Beratung zwischen der Sachkommission der Gewerkschaften und der Regierung stattgefunden, und zwar über die Anpassung der Bezüge an die Haushaltungskosten. Die Befestigung der vierteljährlichen Vorauszahlung wurde dabei nicht erörtert, auch hat die Regierung einen derartigen Vorschlag nicht zur Behandlung gestellt. Am Dienstag finden die Verhandlungen für die Reichsbeamten statt und dabei soll auch der neue Verhandlungstermin für die Beamten festgesetzt werden.

Aufhebung des Versammlungsverbots in Württemberg. Die Rotverordnungen vom 14. August 1923, betr. das Verbot von Versammlungen und Demonstrationen, ist mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Weltfriedenskonferenz im nächsten Jahr? Nach einer „Times“-Meldung hat Harding die Absicht gehabt, für das nächste Jahr eine Weltfriedenskonferenz einzuberufen. Amtlich werde zum Ausdruck gebracht, daß Coolidge, der von dem ersten Wunsche erfüllt sei, die Politik Hardings fortzusetzen, dieselbe Absicht habe.

Steigender Dollarkurs.

Die Aufwärtsbewegung des Dollars setzt sich fort. Der gestrige Reichsbankausweis, aus dem wieder eine Verkopplung des Notenumlaufes hervorgeht, bewirkt an der Börse starken Pessimismus. Die Nachfrage ist ziemlich groß und namentlich das Rheinland tritt wieder mit großen Käufen auf den Markt. In den Frühstunden bewegte sich der Dollar um die Grenze von 5 Millionen, um sich dann stetig weiter nach oben zu entwickeln, so daß gegen 1 Uhr bereits Kurse von 6800000 zu hören waren. Von Abgaben ist recht wenig zu bemerken, nur einige Exportzinsen werden abgeführt. Amtlich wurde der Dollar mit 6400000, das Pfund mit 29 000 000 und der holländische Gulden mit 2500 000 festgesetzt. Die Reichsbank war gezwungen, aus ihren Beständen reichlich Material auszugeben. Die Repartierungen waren äußerst geringfügig. Nach der amtlichen Notierung wurde daher der Dollar bereits mit 7 Millionen Geld und 7,8 Millionen Brief genannt.

Havensteins Rechtfertigung.

Der Reichsbankpräsident Havenstein hat am Sonnabend im Zentralausschuß der Reichsbank eine große Rede zur Rechtfertigung seiner Bankpolitik gehalten, die nicht unwidersprochen bleiben kann. Schon äußerlich zeichnet sich diese Verteidigungsrede dadurch aus, daß in dem großangelegten Referat kaum mit einem Wort der Tatsache Erwähnung getan ist, daß die Mark im Verlaufe der Amtszeit der gegenwärtigen Reichsbankleitung auf weniger als den millionsten Teil ihres Vorkriegswertes gesunken ist. Hätte Herr Havenstein nur eine Sekunde an diese Tatsache gedacht, dann hätte er nicht leicht sagen können, daß alle Vorwürfe gegen seine Politik gerechtfertigt sind. Einmal wenigstens im Verlaufe dieser beispiellosen Entwertung der Mark hätte man von ihm die entschlossene Beste des Mannes erwartet, der sich mit der ganzen Autorität seiner Person und seines Amtes als Leiter der Zentralnotenbank der Entwicklung entgegenwarf. Niemals ist das geschehen, wenn man von den Worten absteht, die der Reichsbankpräsident nach dem Marksturz im April gegen die maßgebenden Kreise der deutschen Wirtschaft gerichtet hat, die Devisen hamsterten, Worte, die später in ihrem sachlichen Inhalt wieder zurückgenommen wurden.

Aber diese Keuflichkeit ist nicht das Wesentliche der Verteidigungsrede Havensteins. Er zog sich darauf zurück, daß die Inflation durch das hemmungslose Wachsen der schwebenden Schuld des Reiches hauptsächlich herbeigeführt sei. Diese Tatsache ist von der Sozialdemokratischen Partei längst in den Vordergrund der Erörterung gestellt worden. Warum aber, so muß man fragen, hat Herr Havenstein diese Erkenntnis nicht viel früher angewandt, nämlich damals, als das Reich den Weltkrieg mit Schulden finanzierte in derselben Hoffnung, die später auf der anderen Seite gemerkt wurde, daß der Geaner — diesmal der Deutsche — alles bezahlen werde? Warum hat ferner die Reichsbank nicht ihren gesamten Einfluß ausgeboten, um nicht nur mit freundlichen Mahnungen an das Reichskabinett, sondern wo es notwendig war, durch den Appell an die Devisenlosigkeit von der Regierung zu verlangen, daß der Ruhrkrieg durch neue Steuern finanziert werden sollte? Warum blieb damals Havenstein in der Reserve?

Ein Irrtum der Reichsbankleitung ist es auch, wenn sie glaubt, die Gewährung ihrer Privatkredite schaffe keine künstliche Kaufkraft, sei also kein Anlaß zur Inflation. Das gelte besonders nicht von den berechtigten und notwendigen Devisen, die der Produktion und dem Warenverkehr dienen. Das ist ein grundlegender Irrtum. Ob ein Produzent sich Geld bei der Reichsbank zur Kohleneinfuhr oder zur Beschaffung von Hamsterdevisen hinlegt, der Vorgang bleibt immer der gleiche: er entlehnt eine bestimmte Summe Papiergeld im Werte von, sagen wir, 10 Goldmark, zahlt aber, da er entwertetes Geld zurückgibt, nur eine Goldmark zurück, hat damit seine Schuld in Papiermark gedeckt und streicht die übrigen 9 Goldmark als zusätzliche Kaufkraft ein. Derartige notwendige Kredite wirken nicht weniger inflationistisch als Kredite, die etwa jemand nehmen wollte, um sich einen Weinteller mit Sekt zu füllen. Eben deshalb, weil beide Kredite in entwertetem Geld zurückgezahlt werden können und sich das Geld schneller entwertet, als daß man den Geldentwertungsgewinn durch eine Heraushebung der Zinsläge gleichsam wegkueuern könnte. Der Vorgang liegt darin begründet, daß das Geld, in dem die Kredite erteilt werden, das selbe ist, das der Staat zur Bestreitung seiner Bedürfnisse immer wieder verzwäffert, so daß schließlich die Verbraucher mit ihrer geschwächten Kaufkraft die Gewinne der Großindustrie und des Großhandels zu bezahlen haben.

So lagen die Dinge bei fortschreitender Geldentwertung durch den Notendruck des Staates. Aber es sind ja schon früher Maßnahmen ins Auge gefaßt worden, welche die Notendrucke stillzulegen bestimmt waren. Schon im Jahre 1920 wollte man eine Gemeinwirtschaftsbank gründen, die unter Solidartastung der Industrie der deutschen Produktion die notwendigen Auslandskredite beschaffen sollte. Vor etwa einem Jahre stand ferner die Erfassung der Sachwerte zur Erörterung. Es wäre gut, wenn sich Herr Havenstein einmal daran erinnern wollte, welche Haltung er zu diesen Vorschlägen eingenommen hat, und es wäre nicht ohne Interesse festzustellen, wie oft auch aus anderen Anlässen der Präsident der Reichsbank in seinem Gutachten die Partei derjenigen vertreten hat, die aus der Geldentwertung Nutzen zogen. Das scheint dem Reichsbankpräsidenten unter dem Eindruck der neueren Angriffe gegen seine Politik entfallen zu sein. Es entbindet ihn aber nicht von der Mitschuld an der trostlos verfahrenen Lage der Reichsfinanzen, die er jetzt für seine Reichsbankpolitik verantwortlich macht.

Die gleiche Kurzsichtigkeit, mit der die Reichsbank Währungs- und Finanzpolitik getrieben hat, soweit sie auf die letztere Einfluß nehmen konnte, zeigte sich auch in ihren Verfügungen über die Beschaffung der notwendigen Zahlungsmittel. Zwar versuchte Herr Havenstein die Vorwürfe nach dieser Richtung zu entkräften, indem er darauf hinwies, daß die Reichsbank am 31. Mai eine ausreichende Reserve an gedruckten Banknoten besaß. Aber gleichzeitig machte er wieder den Buchdrucker streik für das Stocken der Zahlungsmittelbelieferung verantwortlich, und das klingt um so eigenartiger, als die Reichsbank ja neuerdings nichts unternommen hat, um den infolge der Entlassung des Betriebsrats Großmann drohenden neuen Streik der Notendrucker zu vermeiden. Man läßt es eben immer wieder darauf ankommen. Herr Havenstein macht es sich auch leicht,

wenn er als Beweis der Vorsorge für Zahlungsmittel ein beliebtes Datum herausgreift, ohne sich daran zu erinnern, daß gewaltige Störungen in der Zahlungsmittelbelieferung ja schon wiederholt, auch ohne Buchdruckerstreik, eingetreten sind, so im vorigen Jahre und auch neuerdings wieder, ehe der Buchdruckerstreik eingesetzt hatte. Die Reichsbankleitung war eben den Situationen, die sie bei ihrer Währungsreform hätte voraussehen müssen, nicht gewachsen, sie war dazu nicht beweglich genug. Hat man nicht sogar in einem Falle einen Referenten, der zu rechtzeitiger Bereitstellung großer Banknoten mahnte, in die Provinz verlegt und so seines Einflusses auf die Geschäfte beraubt?

Zu allem übrigen gesellt sich das Vergehen der Reichsbank auf dem Gebiete der Kreditpolitik. Daß die Banken, die selbst Nutznießer dieser Politik sind, ihr nicht widersprechen, durfte kein Anlaß dazu sein, die Sache auf die lange Bank zu schieben. Jetzt bekommen wir endlich wertbeständige Kredite der Reichsbank und Goldkonten. Man sehe sich einmal das Gebilde an! Die Reichsbank gibt wertbeständige Kredite gegen Pfänder in Form von Wechseln. Diese lauten auf Papiermark, müssen aber bei Eintreten der Geldentwertung gegen einen Aufschlag, der 80 Proz. der Geldentwertung beträgt, eingelöst werden. Steigt die Mark, so muß der Darlehensnehmer gleichwohl die ganze entliehene Papiermarksumme zurückzahlen. Auf ihm lastet also das Risiko der Geldentwertung, er hat keinen Vorteil der Geldwertbesserung. Aber der Kredit lautet auf eine schwankende Summe von Papiermark. Die wertbeständigen Reichsanleihen, Dollarobligationen und die neue Goldanleihe lauten auf Goldmark bzw. auf den 4,20 Teil des Dollars. Jetzt macht außerdem die Reichsbank Goldkonten gegen Einzahlungen von Devisen auf, die in „Festmark“ berechnet werden sollen. Diese Goldkonten sollen ihrerseits die Ausgabe anderer wertbeständiger Darlehen ermöglichen und neue Gelegenheiten zur Anlage in festen Werten schaffen. Nun ist eine Festmark, auf die diese Titel lauten, gleich ein hundertstel Pfund Sterling oder etwa ein zwanzigstel Dollar. Durch ihr Zögern hat die Reichsbank es also schon dahin gebracht, daß allein in ihrem und des Reiches Namen drei verschiedene Wertmesser für Festwerte gültig sind. Noch ein Vierteljahr Politik Haenstein und kein Mensch kennt sich mehr in der Wirtschaft und ihren Wertmessern aus. Das alles ist nicht etwa die Folge eines bösen Willens, sondern lediglich davon, daß die Reichsbank die Entwicklung zum wertbeständigen Kredit nur zögernd mitgemacht hat, daß sie erst hinterdrein ging, wo die Wirtschaft ihre eigenen Wege suchte, und daß sie infolgedessen unter peinlicher Berücksichtigung von etlichen Duzend bürokratischen Bedenken viel zu spät erst selbst in den Gang der Beschlüsse eingriff, um noch führend sein zu können.

Aus alledem spricht nicht, daß unehrenhafte Motive die Reichsbankleitung geführt haben. Man wird ihr beständigen können, daß sie nach bestem Wissen und Können gehandelt hat. Aber auch das allerbeste Wollen der gegenwärtigen Reichsbankleitung reicht, wie der Millionenkurs des Dollars und die fragwürdigen Erfolge in der Kreditpolitik zeigen, nicht aus, um jetzt noch die Bewegung in das richtige Geleis zu bringen. Jeder Versuch dazu wäre ein gewagtes Experiment, das sich das deutsche Volk nicht mehr leisten kann. Die Not steht zu hoch. Herr Haenstein ist überreif.

Das Vertrauensvotum für Haenstein.

Der „Soz. Parlamentsdienst“ schreibt:
Wir müssen gestehen, es ist in den letzten Tagen vorzüglich vorgefallen worden, die Öffentlichkeit irrezuführen. Bekanntlich fand am Sonnabend eine Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank statt, über deren Ergebnis mitgeteilt wurde, daß dem Reichsbankpräsidenten zum Schluß der Sitzung ein einstimmiges „Vertrauensvotum“ erteilt worden sei. In Wirklichkeit hat weder eine Entscheidung, die das Vertrauen ausspricht, vorgelegen, noch wurde überhaupt eine Abstimmung vorgenommen, so daß ohne weiteres also auch die Behauptungen, die im Zentralausschuß sitzenden Vertreter der Gewerkschaften und Gewerkschaften hätten

sich dem Vertrauensvotum angeschlossen, hinfällig werden. Haenstein erklärte als Vorsitzender zum Schluß der Konferenz lediglich, daß er glaubt, in Übereinstimmung mit dem Zentralausschuß feststellen zu können, daß die Reichsbank bisher nach bestem Wissen und Können gearbeitet habe und sich bei ihrem Verhalten lediglich von sachlichen Gesichtspunkten habe leiten lassen. Damit war die Sitzung geschlossen.

Die abschließende Feststellung des Herrn Haenstein als Vorsitzender, die schließlich nur seine eigene Meinung wiedergibt, in ein „einstimmiges Vertrauensvotum“ umzumünzen, ist wirklich ein starkes Stück. Scheinbar glaubten die Stützen Haenstein im Zentralausschuß, insbesondere die Vertreter einzelner Großbanken, den Mann, dem sie einen erheblichen Teil ihres neuen Reichthums verdanken, mit dieser Taktik stützen oder gar halten zu können. Ihre Verusche, die ausichtslos sein dürften, sind um so trügerischer, als die Vertreter der Gewerkschaften und Gewerkschaften im Verlauf der sich an Haenstein's Rede anschließenden Diskussion mit einer Kritik an dem bisherigen Verhalten der Reichsbank nicht zurückhielten.

Finanzelend und Goldwährung.

Zu der jetzt lebhaft erörterten Frage einer radikalen Währungsreform wendet sich der wirtschaftliche Mitarbeiter der „Leipziger Volkszeitung“, Genosse Dr. Alfred Brauntal, gegen die Annahme, daß ein radikaler Bruch mit der Papierwährung und die Rückkehr zur effektiven Goldwährung dem Finanzelend mit einem Schlage ein Ende machen würde.

In der Tat, es scheint ja einfach wie das Ei des Kolumbus, das Radikalmittel, das mit einem Schlage das Währungs- und Wirtschaftschicksal beseitigen würde: von morgen an wird die Papiermark ihrer Funktion als Wertmesser gesehlt entkleidet, alle Zahlungen auf Goldmarkbasis verlangt und geleistet und übermorgen die Goldmark wirklich als neues Zahlungsmittel geschaffen; um die „Deckung“ braucht einem angesichts der Tatsache, daß das Nationalvermögen ja noch immer nicht verschwunden ist, nicht bange zu sein. Die vielen gutgemeinten Vorschläge, die in den letzten Tagen aufgetaucht sind und sich etwa auf dieser Basis bewegen übersehen dabei nur einige Kleinigkeiten. Erstens daß die Stabilität einer Währung keineswegs von der Größe des National- oder des Staatsvermögens und ebensowenig von der Höhe des Deckung der ausgegebenen Banknoten abhängt — besonders wenn die Deckung nur oder teilweise aus Schuldforderungen besteht —, sondern im Falle der Goldwährung von der tatsächlichen Fähigkeit der Notenbank, Banknoten jederzeit gegen Gold einzulösen, und im Falle der Papierwährung von der Stabilität des Verhältnisses zwischen Papiergeldmenge und umlaufender Warenmenge. Zweitens aber wird übersehen, daß diese Bedingungen — Einlösungsfähigkeit der Notenbank bzw. relative Stabilität der Papiergeldmenge — so lange unerfüllt bleiben müssen, als der Staat sein Geldschöpfungsmonopol zu finanzpolitischen Zwecken, zur Deckung seines Haushaltsdefizits mißbraucht, die Notenpresse als die bequemste Steuerquelle betrachtet. Und diese ungesunde, brutale, unsoziale Finanzpolitik, die mit dem Finanzgenie Heffersich zu verdanken haben und die uns auf der Spitze der Kunst getrieben hat, kann nicht vor heute auf morgen von der Bildfläche verschwinden.

Es sollte, meint Genosse Brauntal, nicht allzu viel Weisheit dazu gehören, einzusehen, daß man zuerst die kranke Lunge heilen muß, ehe man die schädliche und gefährliche Erklung herauszuschneiden darf, daß die Beseitigung der Inflation und eventuell der Übergang zur Goldwährung das Ziel, nicht den Beginn der Sanierungspolitik zu bilden hat. Währungsfragen sind heute Steuerfragen. Am Anfang muß daher die Steuerpolitik stehen, nicht ein Herumkurieren an den Symptomen einer verhängnisvollen Steuerpolitik, am Währungsübel. Das schließt natürlich nicht aus, daß der Staat auch seinerseits, nach dem Vorbild der Privatwirtschaft, seine Einnahmen wertbeständig zu machen sucht. Aber es wäre eine wahnsinnige Verschwendung und Verzettlung unserer Kräfte, wenn wir heute die Forderung nach der Goldwährung zur Kampfarose machten. „Wir müssen — schließt Brauntal — unsere

Kampfkraft zunächst auf ein anderes Ziel einsetzen: grundlegende Steuerreform, die es den besitzenden Klassen unmöglich macht, mit Hilfe der fortschreitenden Geldentwertung ihren Steuerpflichtigkeiten zu entweichen. Und darüber hinaus, um dem Staate die Mittel zur Erfüllung seiner Reparationspflichtigkeiten zu verschaffen, eine scharfe Vermögenssteuer, das heißt ein Eingriff in die Substanz der kapitalistischen Vermögen, als dessen zulängliche Form nach wie vor, ja mehr als je die Erfassung der Sachwerte zu betrachten ist.“

Ersatz für die Reichswehr.

Ortsgeistlicher, Kriegerverein und Landbund.

Ein junger Mann aus der Provinz Brandenburg, der sich zum Eintritt in die Reichswehr beim Infanterieregiment Nr. 8 in Frankfurt a. O. meldete, erhielt von dem Kompagniechef den folgenden Schreibebrief:

Frankfurt a. d. O., den 16. August 1923.

Infanterieregiment Nr. 8. 2. Komp.

(Brig. Karl v. Breußen.)

Lsg. Nr. . . . / 23.

Herrn

Zum Einstellungsgehalt vom 10. d. V.

Sie werden ersucht, zwei bis drei Vertrauenspersonen namhaft zu machen, die über Ihre Verhältnisse Auskunft geben können. Als solche kommen in Frage der Vorsitzende des Kriegervereins, der Geistliche, der Vorsitzende des Landbundes usw.

Gleichzeitig sind folgende Papiere einzusenden:

- a) Geburtsurkunde;
- b) polizeiliches Führungszeugnis mit Lichtbild nach Leittogendem Ruf;
- c) polizeilich beglaubigte Einwilligungserklärung des gesetzlichen Vertreters für eine 12jährige Dienstverpflichtung;
- d) Führungszeugnisse der Arbeitgeber während der letzten zwei Jahre;
- e) schriftliche Erklärung von Ihnen, daß Sie noch nicht gesetzlich bestraft sind.

Außerdem muß Ihr Größenmaß mindestens 1,65 Meter betragen. Falls Ihre Papiere in Ordnung sind und sonst nichts Nachträgliches über Sie bekannt wird, können Sie mit einer Einstellung zum 1. Oktober d. J. rechnen.

Ausschlaggebend ist für die Einstellung selbstverständlich die ärztliche Untersuchung, die in hiesiger Garnison stattfindet. Der Tag derselben wird Ihnen noch mitgeteilt.

Eine vorherige Vorstellung bei der Kompagnie ist nicht nötig. 1 Anlege.

gez. Scheidler, Hauptmann und Kompagniechef.

Die Reichswehr ist bekanntlich die — allerdings stark zusammengedrückte Heeresmacht der deutschen Republik! Sie ist auf freiwillige Angewiesene, die sich ihr für zwölf lange Jahre verschreiben. Die Dienstpflicht ist beseitigt. Deshalb sollte die Reichswehr nur aus überzeugten Republikanern bestehen, die innerhalb und außerhalb des Dienstes sich als Soldaten der Republik fühlen, nicht nur als Söldnertruppe irgendeiner Regierung, ob sie demokratisch-republikanisch oder monarchistisch ist. Nach den unter der Amtstätigkeit des Reichswehrministers Dr. Geßler herausgegebenen Heeresergänzungsbestimmungen ist nun aber die Werbetätigkeit zu dem Heeresersatz ganz in die Hände der Offiziere gelegt, vorzugsweise in die der Kompagniechefs. Diese sind berechtigt, Reumundzeugnisse — nicht nur amtliche Führungsatteste — sowohl über die Anzuwerbenden selbst, als auch über deren Angehörige (!) einzufordern.

Der Hauptmann Scheidler aus Frankfurt a. O. handelt also ganz im Sinne seiner Instruktionen, wenn er von drei Vertrauensleuten Auskunft fordert. Nach seiner Meinung sind augenscheinlich der Ortsgeistliche, der Kriegervereinsvorsitzende und der Vorsitzende des Landbundes die richtigen Vertreter republikanischer Weltanschauung, die über den zukünftigen Verteidiger der

Bespräch über Goethe.

Von Repomut.

„Man kann sagen was man will: Goethe bleibt unser größter Dichter. Vergleichen Sie nur die heutige Dichtergeneration mit diesem Genie — wo gäbe es einen, der ihm auch nur das Wasser reichen könnte.“

„Dieser Vergleich scheint mir nicht gerecht. Bedenken Sie die Zeit, in der unsere Jüngsten leben. Als Goethe lebte, brauchte man für die Butter noch keine Million zu zahlen.“

„Million sagen Sie. Bei uns mußten Sie gestern schon eine Million vierhunderttausend bezahlen. Und Sie konnten froh sein, wenn Sie überhaupt welche bekamen.“

„Wenn wenigstens andere Fette noch billiger wären! Aber Margarine soll bis 900 000 — man weiß wirklich nicht, was man dazu sagen soll.“

„Gewiß, die Zeit, in der Goethe lebte, war in mancher Beziehung ferndlicher. Aber sie hatte schließlich auch ihre Sorgen. Und darin sehe ich eben das Zeichen des Genies, daß es Freuden wie Leiden dichterisch zu gestalten weiß. Nehmen Sie einmal Goethes Naturgefühl. Sie kennen wahrscheinlich alle sein kleines Gedicht: „Seele des Menschen, wie gleichest du dem Wasser . . .“

„Wissen Sie, daß der Rogistrot das Wasserfeld schon wieder erhöhen will?“

„Selbstverständlich. Und Gas, Elektrizität usw. auch.“

„Die Folge wird sein, daß dann natürlich auch wieder alle Lebensmittel teurer werden.“

„Beachten Sie einmal, wie die lebendige Naturempfindung Goethes sich in diesem Gedicht äußert, wie das menschliche Leben sich hier gleichsam im Wasser spiegelt. . . . Und dann solche lyrische Ergüsse wie jenen: „Ueber allen Gipfeln ist Ruh . . .“

„Ach ja! Wenn ich die Berge höre, muß ich immer an die Silberhöhe bei Schönbach denken. Da hatte sie jemand in den Balken der Schutzhütte eingekerbt, die dort stand. Man konnte es aber auch wirklich erleben, was da in den Bergen gefogt ist. Ich wäre dieses Jahr so gern wieder nach Schönbach gegangen. Aber wer kann sich jetzt eine Ferienreise leisten!“

„Ich bin so neugierig, wie hoch die Eisenbahnpreise noch klettert werden, wenn jetzt erst die wertbeständigen Tarife eingeführt!“

„Nun, Sie können nicht leugnen, daß die Eisenbahn bisher noch immer relativ billig war. Als ich vor zwei Wochen nach Hannover fuhr, da kostete die Reise 3. Klasse noch nicht einmal soviel wie ich in Hannover im Wartesaal für eine Tasse Kaffee bezahlen mußte.“

„Was kostete denn damals der Kaffee?“

„70 000 die Tasse. Ich fiel beinahe vom Stuhl. Heute ist das freilich auch schon wieder längst überholt. Unter 100 000 gibt's wohl nirgends mehr ein trinkbares Getränk.“

„100 000 sagen Sie? In einem besseren Kaffee müssen Sie jetzt schon 150 000, sogar 200 000 zahlen. Und dann kriegen Sie noch nicht mal „Rokka“ . . .“

„Das Wundervolle an Goethe ist wie er uns trotz all seiner Erhabenheit doch auch immer menschlich nahe bleibt. Waren Sie einmal im Goethe-Haus in Weimar?“

„Vor Jahren. Damals kostete die Beschäftigung noch fünfzig Pfennige pro Person. Jetzt wird man wohl 50 000 Mark dafür zahlen müssen.“

„Sie werden mir recht geben: die Schlichtheit, die ganze Art, wie dieses Weimarer Goethe-Haus ausgestaltet ist — man fühlt sich geradezu heimlich in diesen Räumen. Dabei müssen Sie bedenken: Es war immerhin nicht nur der anerkannte Dichterstürm Deutschlands, der da wohnte, sondern auch der erste Minister eines angesehenen Staates. Wie würde man heute eine solche Behausung pomphaft ausstatten.“

„Na, wissen Sie, heute vielleicht auch nicht mehr so! Bei den Maßbepressen.“

„Ach, lieber Freund, Sie wissen ja gar nicht, wieviel Geld immer noch da ist!“

„Natürlich! — Jemandwo müssen die Billionen ja auch bleiben, die die Reichsbank jetzt täglich herausschmeißt.“

„Ich sage: Goethe! Goethe! Und immer wieder Goethe! Er ist eine Art Jungbrunnen. Wir mühten unsere Jugend noch ganz anders mit Goethe vertraut machen als jetzt. Aber Sie haben recht — die Buchhandelsbuchszahl ist jetzt glücklicherweise auf 1 Million gestiegen. Eine anständige Goethe-Ausgabe — wenn auch nur eine Auswahl — ist damit kaum mehr unter 20 bis 30 Millionen erhältlich. Die Gedichte allein werden auf drei oder vier Millionen zu sehen kommen. Ach ja, wir leben in einer herrlichen Zeit!“

Staatsopernechtsinn.

Die Staatsoper kommt aus ihren Krisen nicht heraus. Um zu zeigen, daß Ministerium und Intendanz Herren der Situation sind, zerhieb man den Knoten, statt ihn starförmig zu lösen. Man kommandierte die Berwittung ab, wie einst Herr v. Kessel die Resolution verbieten wollte. Mit Bruno Walter schwebten Verhandlungen, Kemperer verdrückte sich Ueberforderungen seine Position, Furtwängler war zu sehr schon gebunden. Immer aber suchte man die schwierige Situation durch Ernennung einer Persönlichkeit zu retten.

An die Staatsoper wie an die angegliederten Konzerte gehört tatsächlich ein ganzer, ein repräsentativer, ein höchst bewährter Mann, einer, der in Berlin schon einen Ruf hat. Erich Kleiber dirigierte einen „Fidelio“, der durchaus nicht übermäßigste, aber zu allerhand Hoffnungen berechnigte. Zwei Tage später war er, mit

abwartendem Respekt von der Presse begrüßt, omnipotenter Mann an der Oper. Wenn das kein Experiment wäre, so würden wir schweigen und den Dingen ihren Lauf lassen. Aber mit dem seit accompli der Bureau sind wir schon einmal hereingefallen, und man plaudert es überall herum, daß die diplomatischen Verhandlungen mit Kleiber nicht ganz frei waren von persönlichen Wünschen und Strebungen.

Nichts gegen die künstlerischen Fähigkeiten des kommenden Mannes! Der Takt hätte es aber verlangt, daß Stiedry, der wesentlich Bessere, der in Berlin seit zehn Jahren Bewährte, dem neuen Mann koordiniert wurde. Da er selbst ein Mensch von Ehre und Selbstbewußtsein ist, zog er die Konsequenzen und demissionierte, da Kleiber ihm plötzlich als Präsident auf den Generalmusikdirektorenposten vorgelegt wurde. In der Kunst gibt es nur entscheidendes Können, keine Kollegialitätsrücksichten; aber in einem republikanischen Staat darf nicht von heute auf morgen eine so tüchtige Kraft, ein gewissenhafter Beamter der Kunst wie Stiedry, moralisch auf die Straße gesetzt werden. Solange das Entlassungsgehalt nicht bewilligt ist, haben wir Hoffnung und Vertrauen, daß ein Weg gefunden wird, Stiedry der Oper zu erhalten. Die Konjunktur mögen zusehen, daß kein Schaden entsteht. Die Staatsoper ist gedreht: noch ein Pfeiler weniger, und sie bricht zusammen. Die Krise heißt nicht mehr Kleiber oder Schillings, sondern Stiedry. Er scheint mir, neben und mit dem neuen Mann stehend, unentbehrlich.

Singer.

Berbilligte Bücher. Im Anhang an den Artikel „Der geistigen Verarmung entgegen“ macht der Parteivorstand N. D. W. Dies Radl. G. m. B. H. (Nachbildung Vorwärts) darauf aufmerksam, daß er sich entschlossen hat, seine Werke zu einer Schlußzahl zu liefern, die 15 Bände unter der allgemein üblichen Zahl, jetzt also statt 1 000 000 = 800 000. Außerdem sind für eine Reihe grundlegender Werke des Sozialismus die Grundpreise bedeutend herabgesetzt, z. B. für den Band 5. Klasse von R. Renner von 10 auf 7.

Eine Stiftung für die Berliner Antikensammlung. Der frühere Direktor am Münzkabinett der Staatsmuseen, Prof. Dr. Heinrich Dreier, hat den Nutzen seines Stillschreitens durch Vermächtnis hinterlassen. Er besaß einige Raritäten und eine sehr reiche Sammlung von Werken der antiken Kunst und von antiken Geräten, die nun dem alten Museum zugewandt sind.

Die diesjährige Wertbundsagung findet vom 13. bis 15. September in Weimar unter Vorsitz von Prof. Richard Niemeschmidt statt. Außer einer Beschäftigung der Bauausstellung und einer Vorführung des mechanischen Kabarett der Bauausstellung im Theater zu Jena gibt die Tagung den Fragen des jetzigen Kunstgewerblichen Schaffens.

Das Rigaer Herder-Denkmal, das seinerzeit nach Ausmaß überlassen worden ist, soll nach einer Mitteilung aus Rostow in diesen Tagen nach Riga zurückgebracht werden. Das Denkmal befindet sich in einem Speicher in einer Rostower Vorstadt.

Russische Vorkehrungen nach Tibet. Im Troisko-Samst in Sibirien ist die Expedition des russischen Fortschreitenden Sozialis angekommen. Vier werden noch einige Vorbereitungen getroffen und dann wird sich Rostow mit seinen Gefährten nach der Mongolei und dann nach Tibet begeben. Rostow hat darüber einen Bericht erbracht, daß er vor dem Weltkrieg eine Forschungsreise nach der Mongolei gemacht hat, wo von ihm eine alte mongolische Stadt entdeckt wurde.

Der Zusammenbruch der Straßenbahn.

Republik die rechte Auskunft geben können. Und diese Herrschaften werden sich solchen Vertrauens sicher unbedingt würdig erweisen. Man kann stolz sein auf die moralische Wertkraft der Republik, daß sie sogar die Vertreter der konservativsten Staatsauffassung zu ihren Vertrauensleuten machen kann!

Aber, im Ernst, hält der demokratische Reichswehrminister den Charakter der deutschen Wehrmacht als republikanisches Organ wirklich gesichert, wenn die Kompagniechefs ihre Mannschaften lediglich auf Grund der Gutachten von Ortsgeistlichen, Kriegervereinsleitern und Landbündlern zusammenstellen?

Die Sehnsucht der Agrarier.

Stettin, 28. August. (Ill.) Der pommerische Landbund tritt mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in dem es u. a. heißt: „Herum das Steuer. Wir fordern die sofortige Aufhebung der Kriegsschuldbriefe, wir fordern unbedingte nationale Politik aller deutschen Regierungen, die wir in der jetzigen Koalition nicht mehr gewährleistet sehen, wir fordern eine auf unbedingter nationaler und gesunder wirtschaftlicher Grundlage stehende Reichsdiktatur.“

Wir fordern energische Unterdrückung offener und heimlicher Umtriebe, die zur Zerstückelung des Volkes oder seiner Vermirung durch weitbedeutende Schlagworte führen, wir fordern deutsche Behörden und Gerichtshöfe, nicht solche, die als Parteifunktionäre ihre Pflicht tun, die sich ihres verantwortlichen Dienstes am gesamten Volke bewußt sind, wir fordern die verfassungsmäßig zugesicherte Freiheit des Wortes, anstatt seiner parteilichen Unterdrückung, wir fordern Gewährleistung rechtmäßigen Besitzes und Förderung der heimischen Produktion mit allen Mitteln. Wir fordern endgültige Abkehr von sozialistischen Utopien, wir fordern die Erziehung des Volkes zur Wahrhaftigkeit.“ Zum Schluß heißt es: „Soweit Steuern und wirtschaftliche Lage es noch gestatten, wird es erste Aufgabe sein, das Gepeinigt des Hungers aus unserer Provinz zu bannen. Wir werden jede Maßnahme zur Erhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit der Arbeit ebenso unterstützen, wie die volkserziehende Bührarbeit bekämpfen.“

Für Durchführung der Steuergesetze.

Eine Rundgebung der Gewerkschaften.

Aus dem Ruhrgebiet, den 28. August. (Ill.) Eine Versammlung der Funktionäre der freien Gewerkschaften aus Rheinland und Westfalen nahm zu den wirtschaftlichen und politischen Fragen Stellung. Nach eingehender Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der u. a. ausgeführt wird: Die deutsche Republik steht so nahe vor dem Abgrund, daß es nur möglich sei, noch im letzten Augenblick durch Ausbühnung aller Kräfte den Zusammenbruch zu verhindern. Die Arbeiterklasse hat seit Bestehen der Republik fortwährend die größten Opfer gebracht. Sie sei es gewesen, die infolge der aus der Inflation resultierenden Schäden ungebührliche Opfer zugunsten derjenigen gebracht habe, die aus dieser Inflation große Gewinne gezogen haben. Die vom Reichstag beschlossenen Steuergesetze hätten nunmehr dem berechtigten Verlangen der Arbeiterschaft Rechnung getragen. Eine volle Befriedung der Verhältnisse sei dadurch noch nicht zu ermöglichen. Die Gewerkschaften hätten seit Jahr und Tag den Weg zur Befriedung durch Erlassung der Sachverhalte gezeigt. Nach Annahme der Steuergesetze sehe nun der Widerstand der Steuerdrückberger und Vernichter des Reiches ein. Diesen gegenüber erklären die Vertreter der Gewerkschaften ihren unbedingten Willen, daß sie von der Reichsregierung die Durchführung der Steuern mit der allergrößten Energie verlangen werden. Zum Schluß heißt es: In den Kreisen der Gewerkschaften besteht nicht volle Übereinstimmung über die Bildung der Koalitionsregierung, aber nachdem die Bildung durch den Mehrheitswillen der gewählten Vertreter des Volkes vollzogen sei, stellen sich die Vertreter der Gewerkschaften mit Absicht und vollem Bewußtsein der Tragweite ihres Einschusses hinter das Programm der Regierung.

Der Mörder Dostoloff erklärte nach seiner Verhaftung, er sei stolz darauf, Dostoloff getötet zu haben. Da sich in Bulgarien zum Zeitpunkt keine Gelegenheit bot, sei er nach Prag gereist, wo es ihm aber erst nach längerer Zeit gelungen sei, Dostoloff ausfindig zu machen.

Das russische Justizwesen. Wie das russische Justizkommissariat feststellt, häuften sich immer mehr die Fälle, in denen sich ausländische Staaten an das sowjetrussische Justizkommissariat mit der Bitte wenden gewisse gerichtliche Handlungen auszuüben. Der Rat der Volkskommissare hat gegenwärtig einen Normalvertrag mit ausländischen Staaten ausgearbeitet, der die Gegenseitigkeit in der Ausübung gewisser einfacher Gerichtshandlungen herstellen soll.

„Indexwirtware“.

Vom IFA-Bund wird uns geschrieben:

„Die unter obiger Überschrift in der heutigen Morgenausgabe veröffentlichte Notiz könnte den Anschein erwecken, als hätte das Statistische Reichsamt selbst an dem von ihm mit 753 733 bekanntgegebenen Lebenshaltungszähler vom 20. August eine Korrektur vorgenommen und die genannte Kennziffer mit 672 779 berichtigt. Demgegenüber steht die Tatsache, daß bei Verhandlungen, die gestern für die Angehörigen der chemischen Industrie Groß-Berlins vor dem Demobilisierungskommissar stattfanden, auf telephonische Rückfrage beim Statistischen Reichsamt die Auskunft erteilt wurde, die zuerst bekanntgegebene Indexziffer von 753 733 bestehe nach wie vor so recht.“

Es ist höchste Zeit, daß endlich von amtlicher Stelle eine eindeutige Erklärung erfolgt.“

Amliche Devisenkurse.

	28. August		27. August	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländ. Gulden	2493750.-	2506250.-	2194500.-	2205500.-
1 argent. Pap.-Peso	2044875.-	2055125.-	1795500.-	1804500.-
1 belgischer Franz.	295280.-	296740.-	255860.-	256840.-
1 norweg. Krone	1041810.-	1046090.-	913710.-	918290.-
1 dänische Krone	1177050.-	1182050.-	1041890.-	1046610.-
1 schwedische Krone	1905750.-	1704250.-	1498250.-	1508750.-
1 finnische Mark	—	—	149825.-	150875.-
1 japanischer Yen	—	—	2733130.-	2746850.-
1 italienische Lire	275310.-	276690.-	241895.-	242805.-
1 Pfund Sterling	28927500.-	29072500.-	25436250.-	25583750.-
1 Dollar	6384000.-	6416000.-	5586000.-	5614000.-
1 französisch. Franc	3680900.-	3694910.-	319200.-	320800.-
1 brasilian. Milreis	—	—	498750.-	501250.-
1 Schweizer Franc	1147125.-	1152875.-	1018460.-	1018540.-
1 spanische Pesta	869920.-	874180.-	758100.-	761900.-
100 österr. Kr. (alt.)	—	—	7980.-	8020.-
1 holländische Krone	—	—	104587.-	104541.-
1 ungarische Krone	—	—	319.20	320.90
1 bulgarische Leva	—	—	51870.-	52130.-
1 jugoslaw. Dinar	—	—	58852.-	59148.-

Ueber den Zusammenbruch der Berliner Straßenbahn kann man die ungläublichsten Meinungen hören. Glaubt doch fast jeder Berliner, daß er absoluter Fachmann in Verkehrs- und Straßenbahnfragen ist. Selbstverständlich besteht die Direktion aus lauter Idioten. Na — und der Magistrat, noch dazu dieser sozialdemokratische Magistrat — daß die Kerle nichts verstehen, ist selbstverständlich. Wären wir doch noch die private Aktiengesellschaft wie früher! Dann führen wir noch für 10 Pfennige und hätten ein feines Leben. Nieder mit den Sozis, fort mit der Kommunalisierung! So hört man's überall. Manchmal wundert man sich, daß so viel Dummheit möglich ist, aber was ist zu machen. Die Zeit ist aus den Fugen, die Menschen sind vernarrt.

Wir möchten demgegenüber nur einige Zitate aus dem Referat des früheren Generaldirektors der Berliner Straßenbahn Wuffow bringen, das er im April d. J. auf der Dresdener Tagung des Vereins für Kommunalwirtschaft gehalten hat. Was Wuffow dort ausführte, stimmt vollständig mit dem überein, was der „Vorwärts“ über die Ursachen der Straßenbahnnot oft genug ausgeführt hat. Es zeigt vor allen Dingen, daß diese Ursachen allgemeiner Natur sind, und mit dem kommunalen Betrieb nicht das geringste zu tun haben.

Einnahmen und Ausgaben der Bahnen.

Die Ursache der Notlage ist die Steigerung der Ausgaben bei Unmöglichkeit, die Einnahmen entsprechend zu steigern. Das Mißverhältnis entstand mit der Geldentwertung und steigerte sich bisher in dem Grade ihrer Zunahme. Es ist ein besonderes Unglück der Straßenbahnen, daß sie in der Hauptsache gerade solche Materialien verwenden müssen, bei denen die Preissteigerung eine besonders hohe ist (Kohle, Eisen, Metalle, Dole und Holz). Vor dem Kriege setzten sich die Ausgaben aus durchschnittlich 54 Prozent Personalkosten und 46 Prozent Materialkosten zusammen, heute etwa 75 Prozent Materialkosten und 25 Prozent Personalkosten.

Konkurrenz der Reichsbahn.

Als Nebenursache kommt ferner die Tarifpolitik der Reichseisenbahn in Frage. Überall wo die Straßenbahn mit Reichsbahnstrecken in Wettbewerb stehen, so namentlich im Vorortverkehr der großen Städte und im interlokalen Verkehr der Industriebezirke, hat die Tarifpolitik der Eisenbahn die Straßenbahnwirtschaft auf schwerste geschädigt. Aber auch bei anderen Straßenbahnen hat das psychologische Moment, daß die Bevölkerung die höheren Tarife der Straßenbahn im Vergleich zu denen der Reichseisenbahnen als unehrlich empfand, die Tarifbildung der Straßenbahn schwer geschädigt.

Mangelnde Kaufkraft der Bevölkerung.

Darvon abgesehen muß als Grundursache der Wirtschaftsnote der Umstand angesehen werden, daß die Kaufkraft der Bevölke-

rung mit der Ausgabensteigerung bei den Straßenbahnen nicht annähernd Schritt gehalten hat. Die allgemeine Verarmung in den breiten Schichten der gewerbetreibenden Bevölkerung ist so groß geworden, daß sie 10 Goldpfennig oder mehr (schon im Frieden war ein solcher Tarif insofern ausreichend) nicht mehr ausgeben kann.

Abhängig von der allgemeinen Befundung.

Das Problem der Straßenbahnnot fällt in der Hauptsache zusammen mit dem Problem der allgemeinen deutschen Wirtschaftsnote. Es ergibt sich mit logischer Notwendigkeit, daß eine Befundung der Bahnen aus sich selbst heraus nur möglich ist als Folge einer Befundung der deutschen Gesamtwirtschaft. Erst wenn die Kaufkraft der großen Volksmassen der Ausgabensteigerung wieder ausgeglichen sein wird, kann eine Straßenbahn im Umfang ihres Friedensbetriebes wieder bestehen. Wenn es gelingen soll, die Vorbedingungen für eine dauernde Stabilisierung der deutschen Mark zu schaffen, dann würde sich zeigen, daß die volkswirtschaftlich notwendigen Strecken allmählich bei ausreichendem Tarif auch wieder eine ausreichende Befundung erhalten würden.

Diese wenigen Zitate aus dem Referat eines Mannes, den die bürgerlichen Zeitungen uns stets als Fachmann empfohlen haben, zeigen zur Genüge, daß auch Fachleute die Ursachen der Straßenbahnnot, wenn sie sachlich und nicht demagogisch urteilen, in genau denselben Dingen sehen, wie wir. Wir können deshalb einer Entkommunalisierung nicht das Wort reden, da sie an die Wurzeln der augenblicklichen Not gar nicht rühren kann. Die Befundung der Straßenbahn ist eine Frage der Stabilisierung der Währung, der Befreiung der Inflation und der Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung und des Kampfes gegen den Preiswucher der Kartelle.

Stillelegung der Münchener Straßenbahn.

Die „Münchener Zeitung“ beschäftigt sich mit der überaus schwachen Befundung der Straßenbahn am Sonntag, die nur mit je einem Wagen gefahren ist, welcher noch dazu kaum zur Hälfte besetzt war. Dieser Verkehrsrückgang müsse auch dem Unerwarteten folgen, daß bald mit einer Schließung des ganzen Betriebes zu rechnen sein dürfte. Tatsächlich habe man im Stadtrat bereits eine Schließung des Betriebes erörtert. Eine Kündigung des Personals sei aber in München schwer durchzuführen, da das Personal Beamtencharakter besitze und daher unklünder ist.

Dabei muß man bedenken, daß die Münchener Straßenbahn durch den Bezug billigen elektrischen Stromes sehr viel besser dasteht als andere Bahnen. Es zeigt sich eben, daß die Not der Straßenbahnen eine allgemeine Erscheinung ist, die mit dem Geschimpfe auf den kommunalen Betrieb nicht abgetan werden kann.

Der Mord in der Fürstenberger Straße.

Das Geständnis der Mörderin.

Das Verbrechen, das gestern mittag im hause Fürstenberger Straße 10 entbeckt wurde, ist schon so gut wie aufgeklärt. Wie wir bereits mitteilten, wurden der Schloßwache der ermordeten Frau Bod Hermann Sadehli, dessen Bruder Otto und seine Geliebte Franziska Chilenowski gleich als Verdächtige in Gewahrsam genommen, weil sie zu entfliehen versuchten, als die Polizei kam. Die Kriminalkommissare Galsow und Berndorf unterzogen die drei Verhafteten im Polizeipräsidium im Laufe des Nachmittags und die Nacht hindurch eingehenden Verhören. Gleichzeitig wurde die Ermittlung und Vernehmung von Hausgenossen und anderen Zeugen fortgesetzt. Die Chilenowski geriet endlich so in die Enge, daß sie ein Geständnis dahin ablegte, sie habe Frau Bod ohne Vorbedacht und Ueberlegung in einem Wutanfall umgebracht. Wie sie behauptet, schloß sie aus verschiedenen Wahrnehmungen, daß Frau Bod bemüht war, ihr ihren Geliebten, den Hermann Sadehli, abspenstig zu machen und einem anderen Mädchen in die Arme zu führen. Hierüber sei sie mit ihr in einen heftigen Streit geraten, und in einem Wutanfall sei sie über die Frau hergefallen. Dieses Geständnis scheint aber noch nicht ganz richtig zu sein. Es besteht vielmehr der Verdacht, daß der Ermordung auch Raubabsicht zugrunde gelegen hat. Die Chilenowski, die seit einem Jahr bei Frau Bod wohnte und mehr oder weniger in deren Geschäfte eingeweiht war, weil sie ihr öfter half, mußte, daß die alte Frau Geld hatte, und es scheint, daß sie es darauf abgesehen hatte. Hermann Sadehli und sein Bruder sind nach den bisherigen Ermittlungen an der Tat nicht beteiligt, sondern erst dazu gekommen als es schon geschehen war. Die Ermittlungen werden eifrig fortgesetzt und wohl sehr bald zu einer vollen Klärung führen. Für Mittelungen aus dem Publikum ist eine Belohnung von 300 000 M. ausgesetzt.

Gefängnis für Nahrungsmittelschieber.

Vom Marktgericht Zentralmarkthalle wurden, wie uns vom Amtsgericht Berlin-Mitte mitgeteilt wird, in den letzten Tagen unter anderem bestraft: 1. Der Odenburger Großhändler K. wegen Kettenhandels mit 1 Monat Gefängnis und Einziehung von 15 Zentnern Bohnen, die er vor der Berliner Zentralmarkthalle für 15 Millionen Mark je Zentner (150 000 M. je Pfund) gekauft hatte, um sie nach Hamburg zu schaffen. Da in Berlin großer Mangel an Gemüsen wie an Lebensmitteln überhaupt besteht, handelt derjenige unwirtschaftlich und preisverwundend, der die bereits auf den Berliner Markt gebrachte Ware hier aufkauft, um sie auf einen anderen Markt zu verbringen. Bei dem offensichtlichen Eigennutz war daher der Tatbestand des Kettenhandels erfüllt. 2. Der Verkäufer P. wegen Preistreiberi mit einem Monat Gefängnis und 30 Millionen Mark Geldstrafe, weil er Kartoffeln, die er mit 6000 M. je Pfund in Pommern gekauft hatte, für 28 000 M. in Berlin veräußern wollte. Mehrere Zentner Kartoffeln wurden eingezogen. 3. Der Großschlächtermeister S. wegen Preistreiberi mit 1 Monat Gefängnis und 500 Millionen Mark Geldstrafe, weil er dem Viehhändler R. in Pölsin 5000 M. je Pfund Lebendgewicht über den Berliner Marktpreis anbot, was R. zur Angelei brachte. — Es ist bedauerlich, daß in dieser Mitteilung in keinem Falle der Name des Beurteilten angegeben wurde. Die Bevölkerung, die unter der Ausmischung unaufrichtiger Mitglieder des Handels leidet, kann solche zarte Rücksichtnahme nicht verstehen. Rücksichtslose Offenheit wirkt immer herzerfrischend, schamhaftes Verschweigen erweckt nur Mißtrauen. Wer wuchert, gehört an den Pranger.

Die heilhörige „B. Z.“

Was so ein richtiger Journalist ist, der hört das Gras wachsen und die Flügel kuffen. Im Rathaus hört er durch sämtliche Wände hindurch, ja, es soll Leute geben, die schon vor Beendigung der Sitzungen im Rathaus genau wissen, was beschlossen wird. Dazu gehört dann noch die Fähigkeit, aus einer Sache dreimal ein Ragout zu machen, ohne daß der Leser merkt, wie ihm mit anderen Worten immer wieder dieselbe Weisheit vorgelegt wird. Heute überbietet sich die „B. Z.“ selber. Sie weiß von den bösen Kommunisten folgendes zu berichten:

„In der gestrigen Sitzung des Ältesten-Ausschusses haben sich die Führer der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Fraktionen die größte Mühe, die Kommunisten von der Notwendigkeit des eiligsten Zusammentretens des Stadtparlaments zu überzeugen. Allein der Zusammenbruch der Straßenbahn erforderte sofortige Be-

schlüsse von grundsätzlicher Bedeutung. Die Kommunisten gaben aber dennoch keine verbindende Erklärung ab. Da ein Einspruch von 15 Stadtratsmitgliedern genügt, um die Beratung irgendwelcher Vorlagen in einer Ferien Sitzung zu verhindern, und die Kommunisten über diese Zahl von Mitgliedern verfügen, hat der Ältesten-Ausschuss dann beschlossen, den Versuch, am Donnerstag eine Stadtratsordensitzung zusammenzubringen, gar nicht erst zu unternehmen.“

Herr Dörner wird nicht schlecht gelacht haben, wald gewichtige Persönlichkeit er geworden ist, daß man schon, wenn er und seine Leute durch Abwesenheit glänzen, sich den Kopf der Kommunisten zerbricht. Diesmal hat der Herr Journalist in der „B. Z.“ sich offenbar denn doch zu viel aus den Fingern gelassen. In der Sitzung war kein einziger Kommunist anwesend, und die Sozialdemokraten traten von vornherein für Verschiebung der Sitzung ein, weil sie das Theater mit beschlußunfähigen Sitzungen satt hätten. Also bitte, liebe „B. Z.“, besser zusammenphantastieren das nächste Mal!

Sportfest im Erziehungsheim „Lindenhof“.

Unter reger Teilnahme der Elternschaft, der Vertreter des Jugendamtes und in Anwesenheit des Oberbürgermeisters Dr. Böhm und des Bürgermeisters Ritter feierte die Jugend des Lindenhofs im Wettbewerb mit ihren Erziehern am Sonntag ihr Sportfest. Im Wettkampf, Kugelstoßen, Weitprung, Stafettenlauf und Handball wurden beachtenswerte Leistungen erzielt, die Zeugnis dafür ablegen, daß der Sport als Hilfsmittel der modernen Jugendberziehung zur Erziehung der jungen Menschen nicht zu unterschätzen ist. Dieses kam auch in der Anerkennung zum Ausdruck, die der Leiter des Jugendamtes, Direktor Kraut, sowie Oberbürgermeister Dr. Böhm den Erziehern und Jungen spendete. Wohl jeder, der das präzisvolle Wollen des Leiters des Erziehungsheims, Direktor Blum, und seiner Mitarbeiter beobachten konnte, wird mit der Ueberzeugung die Veranstaltung verlassen haben, daß hier alle Kräfte zum Besten der Allgemeinheit am Werke sind. Die glänzenden Augen der Zöglinge waren ein bereites Zeugnis für den Geist im Lindenhof.

Das Verkehrsflugzeug Paris-London abgestürzt.

Ein Loter, zehn Schwerverletzte.

Ein französisches Verkehrsflugzeug, das den Verkehr zwischen Paris und London vermittelt, stürzte bei East Walling (Grafschaft Kent) mit 9 Fahrgästen, dem Führer und dem Techniker an Bord ab. Ein französischer Kaufmann namens Günther ist ums Leben gekommen. Die übrigen zehn Personen wurden schwer verletzt. Nach einer anderen Meldung hat sich das Flugzeug bei einer Notlandung überschlagen, weil die von einer Panik ergriffenen Fahrgäste beim Heruntergehen des Flugzeuges nach einer Seite der Kabine stürzten.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Zu unseren heutigen Versammlungen.

Wir bitten die Versammlungsleiter, der Redaktion möglichst bis 1/11 Uhr abends kurze Berichte über den Verlauf der Versammlungen telephonisch zu übermitteln. Die Red. des „Vorw.“

Achtung, Kaffierer! Der erweiterte Beiratsvorstand hat bekanntlich in seiner Sitzung vom 18. August d. J., entsprechend dem Beschluß des Parteiausschusses vom 16. August, einmütig für September den wöchentlichen Beitrag auf 50 000 M. für Männer und 20 000 M. für Frauen festgesetzt.

Das Eintrittsgeld beträgt hiernach ebenfalls für Männer 50 000 M. und für Frauen 20 000 M.

Die neuen Marken sind bereits in unserem Bureau zu haben. Die Kaffierer, die die Marken abholen können, werden sehr darum gebeten, — Wie bis Freitag, den 7. September, abends 5 Uhr, nicht abgeholfen Marken werden am Sonnabend, den 8. September, durch die Post zugestellt. J. H. Alex Pagels.

4. Kreis Vermlauer Berg. Redaktionsgemeinschaft der Arbeitervereine, Gruppe Christburger Straße, Mittwoch den 29. 7. Uhr, wichtige Besprechung bei Schen, Bernauerstr. 13, Hof 2 Tr.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Umso kühler, zeitweise heiter, aber unbedeutend, mit einzelnen leichten Regenschauern und mäßigen westlichen Winden.

Gewerkschaftsbewegung

Metallarbeiter-Internationale.

In der zweiten Sitzung des Zentralkomitees des Internationalen Metallarbeiterverbandes wurde die Aufnahme des russischen Metallarbeiterverbandes erörtert. Bereits im Mai dieses Jahres war mit den Russen ein Abkommen über den eventuellen Zusammenschluß des russischen Metallarbeiterverbandes mit dem Internationalen Metallarbeiterverband unterzeichnet worden, welches nunmehr dem Zentralkomitee zur Begutachtung vorlag. Die Vertreter Belgiens, Frankreichs und des deutschen Verbandes in der Tschechoslowakei sprachen gegen die Aufnahme, die Deutschen, Desterreicher und Engländer erklärten sich dafür, verlangten aber, daß noch gewisse Sicherheiten geschaffen werden müßten, so z. B. daß die Russen die 21 Punkte nicht anwenden.

H. Schweiz brachte einen Zusatzantrag ein, der die grundsätzliche Zustimmung zum Zusammenschluß aussprach, zugleich aber feststellte, daß Bedenken in bezug auf Innehaltung von Satzungen und Beschlüssen durch den russischen Metallarbeiterverband erhoben würden. Das Sekretariat soll beauftragt werden, mit den Russen in Verbindung zu treten, um die strittigen Punkte bis zum nächsten Kongreß zu klären. Das Abkommen wurde schließlich mit den vorbezeichneten Änderungen und dem Zusatz angenommen. Der holländische Delegierte enthielt sich der Stimme. Die Aufnahme des französischen kommunistischen Metallarbeiterverbandes wurde abgelehnt.

Richtlinien für Lohnverhandlungen.

Zu den von der I. L. verbreiteten und in unserer heutigen Morgenausgabe als „Verhandlungen der Spitzenorganisationen“ veröffentlichten Richtlinien wird uns von kompetenter Seite mitgeteilt, daß es sich dabei um die von einer engeren Kommission gemachten Vorschläge zu Richtlinien handelt, die durch einen Vertrauensbruch vorzeitig veröffentlicht wurden. Die Spitzenorganisationen werden über diese Richtlinien zunächst beraten und nachdem darüber beschließen, ob diese Richtlinien in veränderter oder unveränderter Form vereinbart werden sollen.

In dem von der I. L. verbreiteten Text fehlt übrigens am Schluß folgende Stelle:

Zur Erörterung des gesamten Lohnproblems ist ein Lohnpolitischer Ausschuss zu schaffen, der aus den Vertretern der Verbände der Arbeiter und Arbeitnehmer bestehen soll. Es soll Aufgabe dieses Ausschusses sein, insbesondere Schritte zu beraten, die die Angleichung des Reallohnes an die augenblicklichen Verhältnisse ermöglichen. Auch hierbei handelt es sich natürlich zunächst auch nur um einen Vorschlag der betreffenden Kommission.

Wie die „Rote Fahne“ fälscht.

Man lese den „Vorwärts“ — schreibt die „Rote Fahne“ — der in seiner Abendausgabe vom 24. August gegen die „hohen“ Buchdruckerlöhne vorgeht und den Buchdruckern „Vernunft“ anrät. Er schreibt wörtlich:

„Die neuen Buchdruckerlöhne sind zu hoch.“
Weiter nichts! Abgesehen davon, daß es ungenügend ist, aus 100 Zeilen eine einzige aus dem Zusammenhang zu reißen, ist der angeblich wörtlich wiedergegebene Satz im „Vorwärts“ nicht zu finden. Es kann nur der folgende Satz gemeint und gefälscht sein, dem wir des besseren Verständnisses wegen den Vordersatz voranstellen müssen: „Kein Mensch wird behaupten können, daß die Löhne im Verhältnis zu denen verschiedener anderer Berufe, gemessen insbesondere an den Gehältern der Beamten, zu hoch seien.“

Es hat sich jedoch, von allen Übertreibungen auf Unternehmerseite abgesehen, herausgestellt, daß die neuen Löhne für das Buchdruckergewerbe zu hoch sind.

Wir möchten hinzufügen: „mit Ausnahme etwa der Zeitungsdruckereien, die von Sinnes oder aus Moskauer Subventioniert werden.“

Jeder anständige Mensch, der unsere Betrachtungen „Zur Lage im Buchdruckergewerbe“ in Nr. 396 des „Vorwärts“ gelesen hat, wird uns zugestehen müssen, daß sie von der Absicht diktiert waren, den Buchdruckergehältern die Kurzarbeit zu ersparen oder gar die Arbeitslosigkeit. Der „Rote Fahne“ aber kam es darauf an, den „Vorwärts“ herabzusetzen. Da sie dem Kern der Dinge ausweicht und unsere Ausführungen ihr keine Handhabe zur Berichtigung bieten, griff sie den Satz heraus und fälschte ihn. Das wollen wir niedriger hängen.

Eine Antwort an die Kommunistische Partei.

Der unterzeichnete Genosse hat uns um Veröffentlichung folgenden offenen Briefes an den Zentralvorstand der KPD., Bezirk Berlin-Brandenburg:

„In Ihrem Aufruf vom 21. August in Nr. 193 der „Roten Fahne“ vom 22. August wenden Sie sich an die Arbeiter der SPD. und USPD. mit der Aufforderung:

„Arbeiter der SPD.! Wenn noch ein Funke proletarischen Klassenempfindens in Euch ist, dann heraus aus der Partei des

Klassenverrats, des Arbeitermordes, der Sakaiendienste für die Bourgeoisie!

Hinein in die Kommunistische Partei, die einzige Partei Deutschlands, die eine revolutionäre, proletarische Partei ist!“

Ich nehme an, daß mit den Arbeitern der SPD. die Arbeiter der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gemeint sind und antworte daher als Mitglied dieser Partei. Welche Verheerungen muß doch der Weberschlag der Zeit an Ihrem Geisteszustand angerichtet haben, wenn Sie sagen, wenn wir noch einen Funken Klassenempfindens uns bewahrt haben, dann müßten wir in die KPD. eintreten! Was müssen es doch für konfuse politische Dummköpfe sein, die an unser Klassenempfinden appellieren und zu gleicher Zeit um die Gunst der Arbeitermörder aus dem deutsch-österreichischen Lager buhlen?! Wenn Ruth Fischer und Dr. Rosenberg am Mittwoch, den 25. Juli, den deutsch-österreichischen Studenten erklärten, man könne zwar mit einer langen Werdliste aufwarten, aber das solle alles vergessen sein. Prüf, solche Art von Klassenempfinden überlassen wir gern der KPD.

Unser Klassenempfinden lassen wir nicht mißbrauchen von den Handlangern der russischen Außenpolitik und zu den Zwecken dieser Politik.

Hat sich auch mancher ehrliche Arbeiter durch die Lockungen der KPD. und durch den Terror der SPD. zu Ihrer Partei verlaufen, so bin ich mir gewiß, daß auch diesem Teil die Augen bald aufgehen werden.

Einer Partei anzugehören, die politisch nichts weiter leistet, als wie ein schlaffender Hund neben dem Bogen der Entwicklung herzuwinken, kann einem ehrlich denkenden Arbeiter nie möglich sein.

Will die Arbeiterklasse als Klasse einmal Siegen im Kampf um die wirtschaftliche und politische Macht sein, dann hat sie zu sorgen für die Erziehung der Massen zur Wahrheit, zur Liebe der Menschen zueinander, zum Mutesmut und zur Tugend, und nicht, wie es in Ihrer Partei Grundsatz zur Erziehung ist: Man muß es verstehen mit Lüge und Verleumdung, Verschweigen der Wahrheit usw.

Wir sind stolz darauf, noch heute singen zu können:
„Wohlan wer Recht und Wahrheit achtet, zu unsrer Fahne steht zu Haus, ob auch die Lüge uns noch umnachtet, bald steigt der Morgen hell herauf.“

Wir folgen auch weiterhin der Bahn, die uns geführt hat!
H. Becker, Mitglied der USPD.

Streik der jugoslawischen Seeleute.

Vom Sekretariat der I. L. wird uns mitgeteilt:
„Es wird anscheinend von Unternehmerseite in der ausländischen Presse die Nachricht verbreitet, als ob der Streik der jugoslawischen Seeleute abgebrochen sei.“

Wie uns die jugoslawischen Seeleute-Organisationen berichten, ist dies un wahr. Der Streik dauert in unveränderter Weise fort und ist auch weiterhin durch Verweigerung des Ladens und Löschens jugoslawischer Schiffe die Ausübung der Solidarität in ausländischen Häfen notwendig.

In diesem Sinne setzt auch das Sekretariat der I. L. seine Bemühungen fort und ruft die angeschlossenen Organisationen auf, die jugoslawischen Kollegen in ihrem Kampfe zu unterstützen.“

Für die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke der Provinz Brandenburg wurde zwischen dem Arbeitgeberverband der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke der Provinz Brandenburg, dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer und dem Deutschen Metallarbeiterverband folgende Vereinbarung getroffen: Der Stundenlohn für die Woche vom 20.—26. August beträgt in Gruppe I: 641 700, Gruppe II: 621 550, Gruppe III: 604 920, Gruppe IV: 560 530, Gruppe V: 474 810 und in Gruppe VI: 387 780 M. Die Frauensätze werden auf 240 000 M., die Kinderzulage auf 480 000 M. wöchentlich erhöht.

Ein Transportarbeiterstreik in Sachsen ist seit gestern in Dresden ausgebrochen, wie in allen größeren Städten Sachsens, vor allem in Leipzig. Die Transportarbeiter sind wegen nicht erfüllter Lohnforderungen in den Streik getreten.

Beim Pariser Gasarbeiterstreik kam es gestern während einer Kundgebung freitender Gasarbeiter in der Nähe der Gasanstalt von St. Denis zu einer Schlägerei, in deren Verlauf fünf streikende Arbeiter verhaftet wurden. Zwei andere Arbeiter wurden bei der Gasanstalt von Cligny wegen Bedrohung und Belästigung von Arbeitswilligen verhaftet.

Der Generalstreik in Athen ist beendet. Die Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die Regierung hat die Zusicherung gegeben, daß sie unter gewissen Bedingungen die Verordnungen über Auflösung der Gewerkschaften rückgängig machen würde.

Die Streikgefahr im amerikanischen Bergbau hat den Präsidenten Coolidge veranlaßt, den Gouverneur von Pennsylvania zu beauftragen, einen Schiedsspruch zu fällen, um dem zum 1. September drohenden Riesenstreik vorzubeugen.

Wirtschaft

Für die Besteuerung der Bodenrente.

Die in Oxford abgehaltene internationale Konferenz über die Besteuerung von Grund und Boden, auf der vierzehn Nationen vertreten waren, hat, einer Reuter-Meldung zufolge, einstimmig folgende Rundgebung an die Herrscher der Welt angenommen:

Der Krieg ist zu Ende. Der Krieg wurde mit einem Frieden beendet, der das Ende des Friedens bedeutet. Es muß eine neue Staatskunst entstehen, deren Ziel die Freiheit des Volkes durch Gerechtigkeit ist, und eine solche legen wir hier dar. Es ist klar, daß die ungerechte Verteilung des Reichtums, der immer mehr zurückgehende Handel, der industrielle Niedergang und das Fortbestehen der Armut mit Laster, Verbrechen und Elend, die sie zur Folge hat, Folgen des Privatmonopols auf Grund und Boden, der privaten Eingiehung der Bodenrente und der Verleugnung des Rechtes des ganzen Volkes auf den Grund und Boden in seinem eigenen Lande sind. Je stärker dieses Monopol auf Grund und Boden ist, desto niedriger sind die Löhne für alle Arbeit und die Erträge aus geschäftlicher und industrieller Tätigkeit und um so ärmer die wirtschaftliche, soziale und geistige Lage des Volkes. Diese Übel, welche den Kampf unter den Bürgern einer Nation dermaßen und zu Kriegen zwischen den Nationen um mehr Land und mehr Monopol auf Bodenwerte führen, können nur durch Abschaffung des Privatmonopols auf Grund und Boden und der ungerechten Steuern beendet werden, die erhoben werden, weil das Volk seiner Bürgerrechte in seinem Vaterlande beraubt worden ist. Um dies herbeizuführen, fordern wir dringend, daß alle gleiche Rechte auf Grund und Boden gewährt werden, indem man die wirtschaftliche Bodenrente durch direkte Besteuerung von Grund und Boden erhebt und so alle anderen Steuern abschafft und die den Handel zerstörenden und Kriege hervorrufenden internationalen Zölle ersetzt durch jene völlige Handelsfreiheit, die ein natürliches Menschenrecht ist. Wir weisen warnend darauf hin, daß dies geschehen muß, und zwar bald, um die immer mehr wachsende Unzufriedenheit zu beenden, blutige Revolutionen, den Zusammenbruch der Zivilisation und den Sturz derjenigen Herrscher zu verhindern, die zu unwissend oder zu furchtsam sind, zu handeln, bevor es zu spät ist, denn die Herzen des Volkes aller Nationen sind voller Bitterkeit wegen ihrer Gelder und der Heberbürdung mit Steuern und wegen ihrer und ihrer Kinder Vertreibung von Grund und Boden, auf den sie ein angeborenes Recht besitzen.

Es versteht sich von selbst, daß wir die Auffassung nicht teilen, die soziale Verelendung sei ausschließlich durch das Bodenmonopol herbeigeführt. Die kapitalistische Produktionsweise in der Industrie, die an der Verelendung der breiten Massen und an dem internationalen Unfrieden in gleicher Weise schuld ist, geht nicht nur auf das Bodenmonopol zurück, sondern auf die Tatsache, daß die Produktionsmittel sich in den Händen weniger Kapitalisten befinden, die ihrerseits imstande sind, aus der Arbeitskraft der Massen zu ziehen. Immerhin ist die Entschließung trotz ihrer utopischen Forderung ein wertvoller Beitrag zur Frage der Bodenbesteuerung.

Die Aufbringung konjunktionsgesellschaftlicher Betriebsmittel. Der Konsumverein „Eintracht“, Essen, hat in drei Wochen ohne Verkaufsbefehl je 100 000 M. je Mitglied und Woche für den jetzt auf 3 Millionen M. erhöhten Geschäftsanteil eingezogen und dadurch über 15 Milliarden M. eingebracht. Wiese sich ähnlich nicht auch anderswo arbeiten, wo die Verhältnisse nicht so ungünstig liegen wie im besetzten Gebiete? — Der Konsumverein „Süde“ und Umgegend hat in der ersten Augustwoche 498 000 000 M. und in der zweiten Woche 1 111 194 000 M. Geschäftsanteile hereinbekommen, bis zum 11. August insgesamt 2 020 000 000 M. — Beim Allgemeinen Konsumverein Chemnitz wurden in kaum zwei Wochen als Warenbestellungsanteile neben dem Geschäftsanteil rund sechs Milliarden M. von den Mitgliedern hereingebracht. — Die Vereine mit einem höheren Geschäftsanteil als eine Million M. mehrten sich nun täglich. An der Spitze der Konsumvereine steht in dieser Beziehung Hersfeld (H. N.) mit sechs Millionen M. Anteil je Mitglied.

Aus der Partei.

Die tschechischen Sozialdemokraten in Deutschösterreich können bei den bevorstehenden Wahlen für die sozialdemokratischen Kandidaten. Die anderen tschechischen Parteien werden eigene Kandidaten aufstellen.

Bourgeoisentum für Politik: Richard Bernheim, Berlin-Wilmersdorf; Wirtschaft: Fritz Ostermann, Reichshausen; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Salzer, Berlin; Reichsrat: R. B. Böcher, Wilmersdorf; Sozialen und Sonstigen: Fritz Karstädt, Wilmersdorf; Sozialen: H. Glaser, Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 66, Lindenstraße 2.

86 Gartenstr. 86
Zahngebisse
Gold-, Silber-Bruch, Platin
kauft zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juweller
86 Gartenstr. 86
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!

TRAURINGE
In jed. Größe u. Qualität, stets
vorrät., nur bill. Preisberechn.
M. Dinse, Juweller
Lichtenberg, Frankf. Allee 202
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichsf.
Teleph. Lichtenberg 3327

Damen- und Herren-Stoffe
aller Art in großer Auswahl.
Gabardine, Kammgarne,
Tuche, Affenhaut, Flausche,
Pißche, Kleider-Samete,
Anzug- u. Paletostoffe.
Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79.

Metallbetten
Stahlmatt. K. Kinderbetten dir. an Priv.
Kat. 30A frei. Eisenmöbellfabr. Suhl Thür.

Geschlechtskrankheiten
Behandlung von Syphilis, Gonorrhoe,
Blasen-, Harn-, Venenkrankheiten,
harter Ausschlag, auch wo alles ver-
gessen, werden
Phorosanos
das neue deutsche Heilmittel,
sicher, rasch, ohne Schmerzen,
Gewebe zerstört.
Gewebe zerstört.
Gewebe zerstört.
Phorosanos-Heilanstalten,
Potsdamer Str. 106, nahe Hauptbahnhof.
Bismarckstr. 101, nahe Hauptbahnhof.
Grenzstr. für Herren und Damen.
Stets bereit täglich 10-7, Sonntag 9-12.

Das Gesundheitsbuch der Frau
Von Prof. A. Orsifaha
211 Abbildungen
Geb. 2,50 M. geb.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 66, Lindenstr. 3

Bei Einkauf Fahrtvergütung!

Nicht überlegen
Preise steigen, nicht warten!
Billig! Billig! Billig!

Anzüge / Hosen
Gummi - Mäntel
Winter - Paletots
in reicher Auswahl weit unter
heutigem Herstellungspreis
Kauf erleichtert durch Anzahlung.

Hugo Simon
Größtes Spezialhaus für Herrenkleidung
133 Charlottenburg 133
Wilmersdorfer Str. 133
an der Bismarckstraße
Weitester Weg lohnend, da Fahrtvergütung!

Alte Gebisse
700000 Mk.
Zahn-Ankauf
B. Zymelski
Weißburgerstr. 32
Legitimation erforderlich.
37b

Adamynin-Rheuma-Nierenpastillen u. Nieren-Tee
unerreicht gegen 106/11*
Nieren- u. Blasenleiden
Rheuma, Gicht und Wassersucht
Adamynin-Tabletten sicher wirkend
gegen
Gallensteine
Gelbsucht, Leber- und veraltete Magenleiden
von Ärzten als hervorragend anerkannt und empfohlen.
In allen Apotheken erhältlich. Prospekte versendet kostenlos
C. Adamy, Breslau X. Kreuzburger Str. 4
Depot: Apotheke zum gekrönten Adler
Berlin N. Auguststr. 60.

Kräuter-Franzbranntwein
Kopp & Joseph
Berlin W 50
besonders kräftigend u. erfrischend
Potsdamerstr. 122

Zigaretten
Zigarren
Rauch-, Kau- und
Schnupftabak
nur beste Qualitäten und
äußerst preiswert.
Ständig großes Lager nur
für Wiederverkäufer!
Hans Linse
Berlin NW 52, Flemingstr. 9
Amt Moabit 8041.
Bahnverbindungen: Straßenbahn
Kriminalgericht, Bahnh. Bellevue
und Lehrter Bahnhof.
Geschäftszeit von 9 bis 8 Uhr.

Altmetalle
kauft von
Fabriken
Handwerkern
Händlern usw.
W. Nelke
Belle-Alliance-Str. 95

Krause-Pianos
zur
Miete
Ansdacher Str. 1,
1. im Erdgeschoss

Reste-Haus
C. Pelz
Rathauer Str. 3
Anzugstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Mäntel, Kostüme
Röcke
2% Rabatt!